
Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 20. Mai 1979

**Analyse des votations fédérales du 20 mai 1979*

| Abstimmungsergebnisse | Ja | Nein |
|------------------------------------|-----|------|
| Bundesfinanzreform | 35% | 65% |
| Revision des Atomgesetzes. | 69% | 31% |

Stimmbeteiligung 37%

| Inhalt | Seite |
|--|-------|
| Nachanalyse der eidgenössischen Abstimmung vom 20. Mai 1979 / Ergebnisse von Repräsentativ- umfragen in der deutschen und französischen Schweiz | 2 |
| 1. Bundesfinanzreform | 3 |
| a) Die Fronten – Das Stimmverhalten der einzelnen Merkmalsgruppen | 3 |
| b) Entscheidungsmotive | 5 |
| c) Juni 77 und Mai 79 – ein Vergleich | 9 |
| 2. Atomgesetz | 10 |
| a) Gegner und Befürworter | 10 |
| b) Entscheidungsmotive | 13 |
| 3. Abstinenzmotive | 17 |

Die effektiven Abstimmungsresultate

| | Bundesfinanzreform (Ja in %) | Atomgesetz |
|----|---------------------------------|------------|
| CH | 34,6 | 68,9 |
| ZH | 36,2 | 78,2 |
| BE | 34,5 | 73,4 |
| LU | 36,9 | 70,1 |
| UR | 44,3 | 66,6 |
| SZ | 28,0 | 65,4 |
| OW | 35,1 | 64,0 |
| NW | 32,7 | 69,9 |
| GL | 35,4 | 78,2 |
| ZG | 38,4 | 71,8 |
| FR | 37,7 | 63,6 |
| SO | 34,4 | 72,2 |
| BS | 34,0 | 60,3 |
| BL | 34,2 | 61,7 |
| SH | 33,1 | 69,6 |
| AR | 33,2 | 74,8 |
| AI | 41,2 | 68,3 |
| SG | 36,6 | 75,1 |
| GR | 45,0 | 73,6 |
| AG | 28,8 | 74,7 |
| TG | 38,4 | 76,0 |
| TI | 43,5 | 51,6 |
| VD | 32,4 | 51,5 |
| VS | 32,5 | 58,4 |
| NE | 26,3 | 66,9 |
| GE | 25,4 | 50,3 |
| JU | 21,9 | 39,7 |

Nachanalyse der eidgenössischen Abstimmung vom 20. Mai 1979

Ergebnisse einer Repräsentativumfrage in der deutschen und französischen Schweiz.

In mehreren Abstimmungskommentaren zum 20. Mai wurde herausgestrichen, dass erstmals eine Bundesfinanzreform im zweiten Anlauf keine Gnade vor den Stimmbürgern gefunden habe. Da bereits vor zwei Jahren über die Einführung einer Mehrwertsteuer abgestimmt und über diese Abstimmung ebenfalls eine Nachanalyse gemacht worden ist, soll hier das Stimmverhalten bei der Bundesfinanzreform im Mai 79 nicht isoliert dargestellt werden. Interessant ist nämlich die Abklärung der Frage, worauf das prozentual viel stärkere Nein vom Mai 79 zurückzuführen sei. Diese Frage drängt sich bereits beim Studium der Abstimmungsergebnisse auf: Zwar sind infolge der im letzten Mai kleineren Stimmbeteiligung (36,9% gegenüber 49,6% im Juni 77) auch weniger Nein-Stimmen zustande gekommen (939'751 gegenüber 1'117'318). Doch fiel der Rückgang bei den Ja-Stimmen viel massiver aus (496'751 gegenüber 760'657). Ist etwa das Umschwenken der SP von einer zustimmenden Parole im Jahre 1977 auf eine ablehnende im Jahre 1979 schuld an der relativ stärkeren Verwerfung der zweiten Mehrwertsteuervorlage?

Auch beim Atomgesetz haben wir untersucht, wie einzelne Gruppen gestimmt haben und welches die Entscheidungsmotive gewesen sind. Zusätzlich wird die Kenntnis dieser Vorlage unter die Lupe genommen. Wie genau befasste sich der Stimmbürger mit dem Inhalt des Atomgesetzes und wie wirkte sich das auf das Stimmverhalten aus? Schliesslich gehen wir den Gründen nach, weshalb trotz "attraktiven" Vorlagen unerwartet viele Stimmbürger der Urne ferngeblieben sind.

1) Bundesfinanzreform

a) Die Fronten – Das Stimmverhalten der einzelnen Merkmalsgruppen

Ein erster Abschnitt soll anhand von Merkmalsgruppen zeigen, wie das Stimmverhalten bei der Finanzreform beeinflusst worden ist. Tabelle 1 enthält das Verhältnis der Ja-/Nein-Stimmen für die verschiedenen Merkmalsgruppen. Die bei der Umfrage verweigerten Antworten wurden im Verhältnis der Ja-/Nein-Stimmen auf die beiden Kategorien verteilt (bei allen Merkmalsgruppen weniger als 12%). Durch Chi-Quadrat-Tests wurde sodann ermittelt, ob zwischen einzelnen Merkmalen und dem Entscheidverhalten ein statistisch signifikanter Zusammenhang besteht (falls $\chi^2 \leq 0,1$). Trifft dies zu, so ist das Signifikanzniveau angegeben. Je kleiner dieses ist, desto stärker die Beziehung zwischen den Variablen.

Am stärksten beeinflusste die Parteizugehörigkeit die Stellungnahme an der Urne.

Tabelle 1 Das Stimmverhalten nach Merkmalsgruppen und das Gewicht einzelner Merkmale beim Entscheid über die Bundesfinanzreform

| Merkmal | Gruppe | Stimmverhalten in % | | Gewicht des Merkmals in bezug auf den Entscheid signifikant Signifikanzniveau | |
|---|--|---------------------|------|---|------|
| | | Ja | Nein | | |
| Geschlecht | Frauen | 29 | 71 | nein | |
| | Männer | 29 | 71 | | |
| Alter | 20–39jährige | 21 | 79 | ja | 0,02 |
| | 40–64jährige | 30 | 70 | | |
| | 65–84jährige | 40 | 60 | | |
| Sprachgruppe | deutsche Schweiz | 32 | 68 | ja | 0,02 |
| | Westschweiz | 20 | 80 | | |
| Stadt/Land | Stadt | 29 | 71 | nein | |
| | Land | 29 | 71 | | |
| Konfession | Katholiken | 25 | 75 | nein | |
| | Reformierte | 31 | 69 | | |
| Beruf | Selbständigerwerbende, leitende Angestellte/Beamte | 30 | 70 | ja | 0,02 |
| | Nicht leitende Angestellte/Beamte | 36 | 64 | | |
| | Landwirte | 39 | 61 | | |
| | Arbeiter | 17 | 83 | | |
| | | | | | |
| Bildung | Primarschule | 21 | 79 | nein | |
| | Sekundarschule | 34 | 66 | | |
| | Berufs-, Gewerbeschule | 28 | 72 | | |
| | Gymnasium, Technikum | 38 | 62 | | |
| | Uni | 25 | 75 | | |
| Parteisympathie | CVP | 49 | 51 | ja | 0,01 |
| | FdP | 40 | 60 | | |
| | SP | 19 | 81 | | |
| | SVP | 53 | 47 | | |
| | LdU | 33 | 67 | | |
| Pol. Integration* | Hoch | 34 | 66 | ja | 0,1 |
| | Mittel | 27 | 73 | | |
| | Tief | 14 | 86 | | |
| Stichprobe effektives Abstimmungsresultat | | 29 | 71 | | |
| | | 35 | 65 | | |

*) Zum Begriff der "Politischen Integration" s. VOX, Analyse der eidg. Abstimmung vom 13. März 1977, S. 4/5.

Es kann von einem deutlichen Gegensatz zwischen Rechts und Links gesprochen werden. Zwar nahmen nur die SVP-Anhänger die Vorlage an, doch sind die Ja-Stimmenanteile der Anhänger der beiden übrigen bürgerlichen Parteien ebenfalls mehr als doppelt so hoch wie derjenige der SP-Sympathisanten. Weiter übten das Alter, die Zugehörigkeit zu einer Sprachgruppe, der Beruf und das Mass der politischen Integration einen signifikanten Einfluss auf das Stimmverhalten aus. Wie bei den SP-Anhängern stimmten bei den Arbeitern, den Welschen und den politisch nur gering integrierten jeweils nur 20% oder weniger der Mehrwertsteuer zu. Was die Abstimmungsparolen anbetrifft, kann festgestellt werden, dass die Nein-Parole der SP von deren Anhängern in hohem Masse befolgt worden ist. Die Ja-Parolen der bürgerlichen Parteien bewirkten ausser im Falle der SVP keine Annahme der Finanzreform durch ihre Sympathisanten. Immerhin zählen die Ja-Anteile der CVP- und FDP-Anhänger zu den höchsten. Auch die Gruppe der 65–84jährigen weist mit 40% einen hohen Ja-Anteil auf. Übrigens zeigt das Merkmal Alter nicht nur einen signifikanten Einfluss sondern auch einen eindeutigen Trend in bezug auf das Stimmverhalten: Je älter die Befragten, desto geringer der Widerstand gegen die Mehrwertsteuer. Im Gegensatz dazu lässt sich bei der Bildung nicht nur kein signifikanter Einfluss, sondern auch kein Trend nachweisen: Hier findet sich die stärkste Gegnerschaft an beiden Enden der Skala: Die Befragten mit Hochschulabschluss einerseits, mit Primarschulbesuch andererseits weisen Ja-Stimmenanteile von nur 25% bzw. 21% auf. Auch bei den Berufen sind die am stärksten verwendenden Gruppen an den entgegengesetzten Parolen angesiedelt. Sowohl die Arbeiter als auch die selbständig Erwerbenden und leitenden Angestellten/Beamten konnten sich kaum für die Mehrwertsteuer erwärmen.

Abschliessend kann festgehalten werden, dass die Ja-Parolen der gesamtschweizerischen bürgerlichen Parteien an der negativen Einstellung der Stimmbürger gegenüber der Mehrwertsteuer nichts zu ändern vermochten, da einzig die SVP-Sympathisanten der Vorlage knapp zustimmten, während die Nein-Parole der SP auf fruchtbaren Boden fiel und deren Sympathisanten mit einem Verhältnis von 1 : 4 ablehnten. An dieser Stelle muss beigefügt werden, dass diejenigen der befragten Urnengänger, die keine Parteivorliebe angaben (35% der Urnengänger), sich mit 21% Ja-Stimmen ebenfalls sehr deutlich ablehnend verhielten.

b) Entscheidungsmotive

Die Ermittlung der Motive, welche die Stimmbürger zu einer positiven oder negativen Stellungnahme zur Bundesfinanzreform veranlassten, wurde doppelt geführt. Zuerst wurden die Befragten aufgefordert, auf eine offene Frage hin die Hauptgründe ihres Entscheides zu nennen. Sodann mussten sie zu einigen vorgegebenen Pro- und Kontra-Argumenten Stellung beziehen.

Tabelle 2 enthält die Ergebnisse der offenen Frage. Es sind alle Kategorien aufgeführt, die von mindestens 5% der Ja- bzw. Nein-Stimmenden genannt wurden. Die Hälfte der Befürworter der Bundesfinanzreform fand, das vorgelegte Finanzpaket sei anzunehmen, damit die Bundesfinanzen saniert werden können. Sie nahmen

nicht ausdrücklich die Mehrwertsteuer an; vielmehr dachten sie, irgendwoher müsse das Geld kommen, mit dem die Defizite des Bundes beseitigt werden sollten. 19% fanden, die vorgeschlagene Mehrwertsteuer mit gleichzeitiger Wehrsteuerreduktion für untere Einkommen sei sozial und ausgewogen. Weitere 7% stimmten zu, damit nicht bisherige Leistungen/Subventionen des Bundes gekürzt werden müssten. Hier handelt es sich insbesondere um Gruppen, denen die Subventionen des Bundes direkt zugute kommen. So stimmten 42% der annehmenden Landwirte der Mehrwertsteuer aus diesem Grunde zu.

Tabelle 2 Entscheidungsmotive bei der Bundesfinanzreform

| Motiv | % der Nennungen |
|--|-----------------|
| <i>Ja-Motive</i> | |
| – Bundesfinanzen müssen saniert werden/ Bund braucht Geld/Irgendwo muss das Geld herkommen | 50 |
| – MWST mit Wehrsteuerreduktion für untere Einkommensklasse ist gerecht/sozial/ausgewogen | 19 |
| – Nur mit der MWST ist die Sicherung der bisherigen Leistungen/Subventionen des Bundes möglich | 7 |
| Undifferenziert/Weiss nicht | 9 |
| <i>Nein-Motive</i> | |
| – MWST ist ungerecht/unsozial/Wir Kleinen sind die Dummen | 20 |
| – Bund soll sparen/Bund soll lernen mit den Einnahmen auszukommen | 20 |
| – Genug Steuern/Steuern sind sowieso schon zu hoch | 10 |
| – MWST führt zu Preissteigerungen/Inflation | 10 |
| – Zu grosser Aufwand für das Kleingewerbe/Schlecht für das Gewerbe | 9 |
| – Geld dort holen, wo es ist: bei den Banken, bei den Steuerhinterziehern, beim Schwerverkehr | 5 |
| Undifferenziert/Weiss nicht | 7 |

An der Spitze der Motive gegen die Bundesfinanzreform stehen zwei unterschiedliche Kategorien mit je 20% der gegnerischen Stimmen. Die eine entspricht dem linken Nein und bezieht sich ausdrücklich auf den Charakter der Mehrwertsteuer: diese wird als ungerecht und unsozial zurückgewiesen. Die andere umfasst jene Nein-Sager, die hauptsächlich Sympathisanten bürgerlicher Parteien sind und ver-

mehrte Sparanstrengungen verlangen. Bei SP-Sympathisanten war das erstgenannte Motiv mit 26% klar führend, während es nur von 10% der FdP-Sympathisanten genannt wurde. Beim Spar-Motiv sind die Verhältnisse gerade umgekehrt: Es wird von 14% bzw. 27% der verwerfenden Sympathisanten der zwei genannten Parteien vorgebracht. Das eher von Rechts kommende Spar-Argument wird in der deutschen Schweiz von 25% der MWST-Gegner als Entscheidungsmotiv angegeben, während nur 10% der Romands dies tun. Ein weiterer deutlicher Unterschied zwischen den beiden Sprachregionen tritt auch beim gesamthaft an dritter Stelle rangierenden Motiv zu Tage: Dieses wird von 17% der welschen, aber nur 7% der deutschschweizer Gegner der Vorlage genannt. Aus diesen Unterschieden darf jedoch nicht unbedenken auf einen Graben zwischen der welschen und der deutschen Schweiz geschlossen werden. Die Tatsache, dass das Motiv "Steuern sowieso schon zu hoch" in der Westschweiz an erster Stelle steht, liegt nämlich zu einem guten Teil darin begründet, dass in diesen Kantonen die dortigen Steuern höher sind als in den meisten deutschschweizer Kantonen. Die Angst davor, die Mehrwertsteuer werde die Teuerung anheizen, motivierte genau gleich viele Neinsager wie die Klage über allzu drückende Steuern. Kaum weniger wichtig war die Befürchtung des Gewerbes, die Umstellung auf die Mehrwertsteuer würde einen zu grossen Aufwand verursachen (9%). Ausdrücklich andere Einnahmequellen, und zwar jene, die von der linken Gegen-Propaganda stipuliert worden sind, wurden nur von 5% spontan genannt.

Tabelle 3 Bundesfinanzreform: Das Gewicht der einzelnen Pro-Argumente

| Argument | "voll einverstanden in %" | | |
|---|---------------------------|--------------|----------------|
| | Total | Ja-Stimmende | Nein-Stimmende |
| (1) Ohne Einführung der MWST muss der Bund die Subventionen an die Kantone so stark kürzen, dass wir einfach dort mehr Steuern bezahlen müssen. | 17 | 42 | 13 |
| (2) Die Bundesfinanzreform ist sozial, weil bei der direkten Bundessteuer (Wehrsteuer) die unteren Einkommen steuerfrei werden und die meisten Sozialabzüge verdoppelt werden. | 13 | 32 | 9 |
| (3) Ohne Erschliessung neuer Finanzquellen muss der Bund drastisch sparen. Um das SBB-Defizit zu beseitigen, müssten beispielsweise alle unrentablen Linien stillgelegt werden. | 11 | 15 | 13 |

Zur Überprüfung der Entscheidungsmotive mit Hilfe von geschlossenen Fragen wurden 3 Argumente Pro und 6 Argumente Kontra Bundesfinanzreform resp. Mehrwertsteuer vorgelegt. Die Befragten mussten daraufhin sagen, ob sie mit dem jeweiligen Statement "voll einverstanden", "eingermaßen einverstanden", "eher nicht einverstanden" oder "überhaupt nicht einverstanden" seien.

Es zeigte sich, dass auch bei den Ja-Stimmenden nur eine Minderheit mit dem Argument einverstanden war, die Bundesfinanzreform sei sozial. Man hat also dem kleineren Übel zugestimmt, denn 42% sind voll einverstanden, wenn die Befürchtung geäußert wird, ohne die Einführung der Mehrwertsteuer könnten die Bundes-subsidien an die Kantone durch höhere kantonale Steuern ersetzt werden. Eine radikale Tilgung der SBB-Defizite durch Stilllegung von Bahnlinien kommt weder für die Befürworter noch für die Gegner der Finanzreform in Frage. Die Auswertung der Stellungnahmen zu den Kontra-Argumenten bestätigt das sich in Tabelle 2 ankündigende Kopf-an-Kopf Rennen der linken und rechten Verwerfungsgründe: Die Argumente 1, 4 und 5 liegen bei den Gegnern nur jeweils einen Prozentpunkt auseinander. Aus der Tatsache, dass sich mit diesen drei Argumenten jeweils mehr als die Hälfte der Nein-Stimmenden voll einverstanden erklären, kann gefolgert werden, dass einige Gegner der Bundesfinanzreform sich sowohl mit linken wie auch rechten Kontra-Argumenten identifizieren können. Weiter zeigt sich, dass die Höhe der Mehrwertsteuer kaum einen Einfluss auf den Ausgang des Volksentscheides ausgeübt hat.

Tabelle 4 Bundesfinanzreform: Das Gewicht der einzelnen Kontra-Argumente

| Argument | "voll einverstanden in %" | | |
|--|---------------------------|--------------|----------------|
| | Total | Ja-Stimmende | Nein-Stimmende |
| (1) Nach Einführung der MWST würden die Preise wieder steigen und die Inflation weitergehen. Die Konsumenten wären wie immer die Dummen. | 44 | 13 | 56 |
| (2) Eine auf 7-8% beschränkte MWST ist immer noch zu hoch; nur eine MWST von höchstens 6% wäre akzeptabel | 10 | 14 | 7 |
| (3) Das verhältnismässig kleine Defizit der letzten Bundesrechnung (ca. 0,7 statt 1,3 Milliarden) beweist, dass die Bundesfinanzreform überflüssig geworden ist. | 11 | 2 | 14 |
| (4) Der Staat sollte mit dem Geld haushälterischer umgehen. Man soll dem Staat etwas weniger geben als er nötig hat, sonst mischt er sich immer mehr in Dinge ein, die ihn nichts angehen. | 46 | 19 | 58 |
| (5) Die MWST ist unsozial, weil sie das Geld nicht dort holt, wo es zu holen wäre, z.B. bei den Banken. | 43 | 13 | 57 |
| (6) Steuererhöhungen sind im jetzigen Zeitpunkt für die Unternehmer ganz einfach nicht tragbar. | 24 | 27 | 31 |

c) Juni 77 und Mai 79 – ein Vergleich

Tabelle 5 zeigt das Stimmverhalten (Ja-Stimmenanteile wiederum korrigiert) der wichtigen Merkmalsgruppen bei den Abstimmungen über die Einführung einer Mehrwertsteuer im Juni 1977 und Mai 1979. Neben den Ja-Stimmenanteilen (Spalte 1 und 2) ist die Abweichung von Gesamtdurchschnitt der Stichprobe auf-

Tabelle 5 Stimmverhalten bei den Abstimmungen über die Mehrwertsteuer im Juni 77 und Mai 79 nach wichtigen Merkmalsgruppen

| Merkmalsgruppe | Stimmverhalten Ja-Stimmen | | | |
|-----------------------------------|------------------------------|------|-----------------------------------|------|
| | in % | | Abweichung vom Gesamtdurchschnitt | |
| | 1977 | 1979 | 1977 | 1979 |
| Frauen | 38 | 29 | - 1 | - |
| Männer | 41 | 29 | + 2 | - |
| 20-39jährige | 35 | 21 | - 4 | - 8 |
| 40-64jährige | 43 | 30 | + 4 | + 1 |
| 65-84jährige | 42 | 40 | + 3 | +11 |
| deutsche Schweiz | 39 | 32 | - | + 3 |
| Westschweiz | 40 | 20 | + 1 | - 9 |
| Stadt | 37 | 29 | - 2 | - |
| Land | 42 | 29 | + 3 | - |
| Katholiken | 38 | 25 | - 1 | - 4 |
| Reformierte | 41 | 31 | + 2 | + 2 |
| Selbständigerwerbende, leitende | | | | |
| Angestellte/Beamte | 35 | 30 | - 4 | + 1 |
| Nicht leitende Angestellte/Beamte | 46 | 36 | + 7 | + 7 |
| Landwirte | 58 | 39 | +19 | +10 |
| Arbeiter | 32 | 17 | - 7 | -12 |
| CVP | 50 | 49 | +11 | +20 |
| FdP | 42 | 40 | + 3 | +11 |
| SP | 51 | 19 | +12 | -10 |
| SVP | 54 | 53 | +15 | +24 |
| LdU | 50 | 33 | +11 | + 4 |
| keine Partei | 24 | 21 | -15 | - 8 |
| Pol. Integration Hoch | 62 | 34 | +25 | + 5 |
| Pol. Integration Mittel | 33 | 27 | - 4 | - 2 |
| Pol. Integration Tief | 11 | 14 | -26 | -15 |

geführt (Spalte 3 und 4). Negative Werte stehen für unterdurchschnittliche, positive Werte für überdurchschnittliche Ja-Stimmenanteile. Der Ja-Stimmenanteil der ganzen Stichprobe (und natürlich auch beim effektiven Abstimmungsresultat) war 1977 höher als 1979. Ein gleich hoher Ja-Stimmenanteil (Spalte 1 und 2) 1979 wie 1977 bedeutet somit, dass die entsprechende Merkmalsgruppe 1979 im Vergleich zu den übrigen Merkmalsgruppen stärker zustimmte als 1977 (höhere +Werte bzw. kleinere – Werte in Spalte 4).

Den bedeutendsten Einstellungswandel vollzogen die Sympathisanten der SP. Während sie 1977 noch überdurchschnittlich viele Ja-Stimmen aufwiesen (51% bzw. 12% über dem Durchschnitt), gehörten sie diesmal zu den am stärksten ablehnenden Gruppen (19% bzw. 10% unter dem Durchschnitt). CVP-, FDP- und SVP-Anhänger verzeichnen etwa gleich hohe Ja-Stimmenanteile wie 1977; relativ gesehen haben sie also eher stärker zugestimmt als 1977. Bei den Berufsgruppen weisen dementsprechend die Arbeiter kleinere und die selbständig Erwerbenden zusammen mit den leitenden Angestellten/Beamten höhere Ja-Stimmenanteile auf. Erstaunlich ist der Meinungsumschwung der Landwirte. Sie wären in beiden Finanzpaketen von der Mehrwertsteuer befreit gewesen und ihre wichtigsten Bezugsparteien, die SVP und CVP, empfahlen sowohl 1977 als auch 1979 ein Ja.

Interessant ist natürlich die Frage, ob der Wandel bestimmter Gruppen im Abstimmungsverhalten nachweisbar ursächlich mit der veränderten Beteiligung solcher Gruppen zusammenhängt, ob also z.B. Jasager von 1977 einfach der Urne ferngeblieben sind und für welche Gruppen dies in überdurchschnittlichem Masse zutrifft. Sie kann mit unseren Daten nicht geklärt werden. Die zusätzlichen SP-Neinsager können für die Ja-Nein-Verschiebung ebenso gut verantwortlich sein wie die geringere Beteiligung der CVP- und SVP-Anhänger für das Abnehmen der Ja-Stimmen.

2) Atomgesetz

a) Gegner und Befürworter

So knapp die Atominitiative am 18. Februar von den schweizerischen Stimmbürgern verworfen worden ist, so deutlich hat der Souverän am 20. Mai das revidierte Atomgesetz angenommen. 69% der Stimmenden legten ein Ja in die Urnen. Trotz oder gerade wegen der Eindeutigkeit, mit der das Abstimmungsresultat ausgefallen ist, dürfen bei seiner Beurteilung zwei Dinge nicht übersehen werden: Einmal sind gegenüber der Februar-Abstimmung rund 12% weniger Stimmbürger an die Urnen gegangen. Absolut gesehen haben damit nicht mehr Stimmbürger dem Gesetz zugestimmt als im Februar die Initiative abgelehnt hatten; oder anders gesagt, von einem massiven Einlenken der Befürworter der Volksinitiative auf den Kompromisskurs des revidierten Atomgesetzes kann – allein mit Blick auf das Abstimmungsresultat – nicht gesprochen werden. Zum Zweiten darf das gesamt-

Tabelle 6 Das Stimmverhalten der einzelnen Merkmalsgruppen beim revidierten Atomgesetz

| Merkmalsgruppe | | Stimmverhalten | | Signifikant Ja/Nein? | Niveau |
|---------------------------|---|----------------|------|-------------------------|--------|
| | | Ja | Nein | | |
| | | (in %) | | | |
| Total | Stichprobe | 80 | 20 | | |
| | (effektiv) | 69 | 31 | | |
| Geschlecht | Mann | 80 | 20 | Nein | |
| | Frau | 80 | 20 | | |
| Alter | 20–39jährige | 74 | 26 | Ja | 0,1 |
| | 40–64jährige | 83 | 17 | | |
| | 65–84jährige | 83 | 17 | | |
| Sprache | deutsche Schweiz | 84 | 16 | Ja | 0,01 |
| | Westschweiz | 70 | 30 | | |
| Stadt/Land | Stadt | 81 | 19 | Nein | |
| | Land | 79 | 21 | | |
| Konfession | Reformierte | 81 | 19 | Nein | |
| | Katholiken | 80 | 20 | | |
| Beruf | Leitende Angestellte/ selbst. Erwerbende | 85 | 15 | Nein | |
| | Nichtleitende Ang. | 80 | 20 | | |
| | Arbeiter | 74 | 26 | | |
| | Landwirte | 83 | 17 | | |
| Bildung | Primarschule | 78 | 22 | Nein | |
| | Sekundar-/Bezirksschule | 78 | 22 | | |
| | Berufsschule | 79 | 21 | | |
| | Gymnasium, Technikum | 88 | 12 | | |
| | Hochschule | 85 | 15 | | |
| Partei- sympathie | CVP | 92 | 8 | Ja | 0,02 |
| | FdP | 86 | 14 | | |
| | SP | 73 | 27 | | |
| | SVP | 94 | 6 | | |
| | LdU* | 100 | 0 | | |
| | PdA* | 33 | 67 | | |
| Politische Integration | Hoch | 81 | 19 | Nein | |
| | Mittel | 79 | 21 | | |
| | Tief | 84 | 16 | | |

*N kleiner als 10

schweizerisch gesehen eindeutige Ja nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Vorlage in einzelnen Regionen recht kühl aufgenommen wurde. Während die meisten Kantone der deutschen Schweiz doppelt so viele Ja-Stimmen wie Nein-Stimmen verzeichneten, fiel die befürwortende Mehrheit in einzelnen Westschweizer Kantonen sowie im Kanton Tessin recht knapp aus. Im Kanton Jura vermochte die Vorlage sogar nur eine Minderheit zu überzeugen.

Ob neben den Westschweizern auch andere Merkmalsgruppen dem Atomgesetz klar weniger Sympathien entgegengebracht haben als die Gesamtheit der Stimmbürger, zeigt Tabelle 6. Wie in Tabelle 1 ist für die einzelnen Merkmalsgruppen angegeben, ob und allenfalls auf welchem Niveau die ermittelten Differenzen statistisch signifikant sind. Bei der Interpretation des Stimmverhaltens der einzelnen Gruppen ist zu beachten, dass der Ja-Stimmenanteil in unserer Stichprobe rund 11% über dem tatsächlichen, d.h. in der Abstimmung erreichten Wert liegt. Es handelt sich dabei um ein Ergebnis, das vor allem dann eintritt, wenn eine Vorlage eindeutig angenommen oder abgelehnt und das Resultat in den Abstimmungskommentaren entsprechend als "natürlich", "erwartet" oder "Ausdruck der gesunden Volksmeinung" kommentiert wird. Ein Teil der Befragten "passt sich an" und täuscht in der Befragung das Abstimmungsverhalten der Mehrheit vor.

Die politische Kultur, bzw. politisch relevante Eigenheiten der einzelnen Sprachregionen erweisen sich als wichtigste Faktoren unterschiedlichen Stimmverhaltens. Die Merkmalsgruppe "Westschweiz" verzeichnet den höchsten Nein-Stimmenanteil (30% bzw., wenn nach oben korrigiert, 41%) und der Unterschied zur deutschen Schweiz ist statistisch signifikant auf dem 0,01 Niveau. Von ähnlicher Bedeutung waren nur noch die Zugehörigkeit zu einem bestimmten politischen Lager sowie das Alter. Sympathisanten der bürgerlichen Parteien stimmten nahezu geschlossen zu. Die Anhänger linker Parteien verhielten sich überdurchschnittlich skeptisch (SP) oder lehnten sogar ab (PdA, nota bene gegen die Empfehlung ihrer Partei). Bei den Altersgruppen liegt der Ja-Stimmenanteil der 20–39jährigen rund 10% unter demjenigen der über 40jährigen.

Bei den übrigen Merkmalsgruppen sind die ermittelten Differenzen statistisch nicht signifikant. Die sich im Ergebnis der einzelnen Berufs- und Bildungsgruppen manifestierende Tendenz geht aber wahrscheinlich über einen blossen Stichprobenzufall hinaus. Angehörige oberer sozialer Schichten, d.h. Stimmbürger in leitenden Funktionen sowie solche mit Mittel- und Hochschulbildung verzeichnen höhere Ja-Stimmenanteile als Arbeiter und Stimmbürger mit Primar- oder Berufsschulbildung. Als einzige Merkmalsgruppe verhielt sich diejenige der Hochschulabsolventen damit anders als aufgrund ihres Entscheidungsverhaltens in der Februarabstimmung zu erwarten war. Zusammen mit den Westschweizern, den Sympathisanten linker Parteien und den jüngeren Stimmbürgern gehörten die Angehörigen der obersten Bildungskategorie zu den stärksten Befürwortern der Atominitiative¹⁾. Während erstere diesmal entsprechend hohe Nein-Stimmenanteile aufweisen, liessen sich die Hochschulabsolventen offensichtlich in überdurchschnittlicher Masse von der angebotenen Alternative überzeugen. Den Gründen ihres Einlenkens bzw. den wichtigsten Entscheidmotiven der Befürworter und Gegner des Atomgesetzes gehen wir im nächsten Kapitel nach.

b) *Entscheidungsmotive*

In Tabelle 7 sind alle Entscheidungsmotive aufgeführt, die von mehr als 5% der Befürworter und Gegner genannt worden sind:

Tabelle 7 Entscheidungsmotive beim Atomgesetz

| Motiv | % der Nennungen |
|---|-----------------|
| <i>Ja-Motive</i> | |
| – Bestehende Gesetzgebung ungenügend/ Bessere Kontrolle/Erhöhte Sicherheit | 41 |
| – Wir brauchen Atomkraftwerke/Wir haben zu wenig Energie/Erdöl wird knapp | 19 |
| – Guter Kompromiss/Wichtigste Forderungen der AKW-Gegner erfüllt | 12 |
| – Notwendigkeit eines Bedarfsnachweises/ Problem der Abfallagerung gelöst/Zuständigkeit bei den eidg. Räten | 5 |
| Undifferenziert/Weiss nicht | 16 |
| <i>Nein-Motive</i> | |
| – Kernkraftwerke sind gefährlich/Gegen den Bau von Kernkraftwerken | 46 |
| – Atominitiative war besser/Gesetz geht zu wenig weit | 21 |
| – Keine unbeschränkte Haftpflicht/Keine Mitsprache Entscheidungsbefugnis liegt nicht beim Stimmbürger | 10 |
| – Zu restriktiv/Gesetz kommt AKW-Gegnern zu weit entgegen | 6 |
| – Vorlage zu komplex/unverständlich/Im Zweifelsfall Nein | 6 |
| Undifferenziert/Weiss nicht | 6 |

Den meisten Befürwortern ging es mit ihrem Ja vor allem darum, dem unbefriedigenden Ist-Zustand in Sachen Atomgesetzgebung ein Ende zu bereiten. Mit dem revidierten Gesetz soll das Sicherheitsrisiko gesenkt werden. Auffallend ist, dass nur wenig Befragte auf konkrete Neuerungen des Gesetzes eingingen. Ausschlaggebend für ihr Ja waren offensichtlich weniger einzelne konkrete Punkte als vielmehr das Konzept der Vorlage an sich: ein Kompromiss zwischen bestehender Ordnung und den Forderungen der abgelehnten Volksinitiative. Nur wenig mehr als ein Prozent der Ja-Stimmenden erklärte, mit ihrem Ja nur einer Übergangslösung zugestimmt zu haben, die es in einem späteren Zeitpunkt zu verbessern bzw. zu verschärfen gelte.

Den Ablehnenden war das vorgelegte Gesetz zu wenig restriktiv. Rund die Hälfte plädierte mit dem Nein für ein grundsätzliches Verbot weiterer A-Werke. Ein Drittel kritisierte bestimmte Punkte der Vorlage (Haftpflicht, Entscheidungszuständigkeit etc.) oder machte auf die Vorzüge der verworfenen Initiative aufmerksam. Lediglich 6% der Nein-Stimmenden lehnten ab, weil ihnen die Vorlage des Bundes bereits zu weit ging. In der überdurchschnittlich viele Nein-Stimmen aufweisenden Westschweiz war dieses Nein-Motiv noch unbedeutender als in der deutschen Schweiz (3% gegenüber 8%). Im übrigen unterscheiden sich die Motivstrukturen der einzelnen Merkmalsgruppen nur unwesentlich voneinander, und dies sowohl bei den Befürwortern als auch bei den Gegnern.

Zusätzliche Informationen über Einstellungen und Meinungen der Stimmbürger zu Fragen der Atomenergie vermittelt Tabelle 8. Die Befragten wurden mit Aussagen konfrontiert, die in den Diskussionen um die Kernenergie im allgemeinen und das Atomgesetz im speziellen eine dominierende Rolle spielten. Die Tabelle zeigt, wie viele sich mit den einzelnen Aussagen "voll einverstanden" erklärten (Antwortkategorien: "voll einverstanden", "einigermassen einverstanden", "eher nicht einverstanden", "überhaupt nicht einverstanden", "keine Meinung"). Neben dem Total der Befragten (Urnengänger und Nicht-Urnengänger) sind die am 20. Mai stimmenden Befürworter und Gegner ausgeschieden. Die Aussagen 1, 3 und 11 liessen wir schon in der letzten VOX-Umfrage, d.h. im Anschluss an die Abstimmung über die Volksinitiative beurteilen. Die Zahlen in Klammern geben an, wie viele Befragte damals mit "voll einverstanden" antworteten.

Das Ergebnis unterstreicht die Bedeutung des Sicherheitsaspektes in der Frage der Kernenergie. Lediglich 11% der Stimmbürger und nur wenig mehr Befürworter des Atomgesetzes sind davon überzeugt, dass Atomanlagen nicht mehr Gefahren bergen als andere Energiequellen (Aussage 3). Gegenüber Februar 1979 ist dieser Anteil noch um 5% gesunken, dies sicher u.a. als Folge der Geschehnisse im amerikanischen Harrisburg. Dass es den Vertretern der Atomindustrie nicht gelungen ist, die Bevölkerung von der angeblich grösseren Sicherheit der schweizerischen Kernanlagen im Vergleich zu Harrisburg zu überzeugen²⁾, zeigt denn auch die Gewichtung von Aussage 6. Warum hat das revidierte Atomgesetz trotz dieser grundsätzlichen Bedenken der Kernenergie gegenüber eine derart klare Mehrheit der Stimmbürger zu überzeugen vermocht? Wahrscheinlich gerade deshalb, weil diese sich vom neuen Gesetz eine gewisse Denkpause bezüglich des Baus neuer A-Werke erhoffen. Die Tatsache, dass nach altem Recht beliebig viele Anlagen hätten gebaut werden können, hat auf alle Fälle viel zum Ja-Entscheid beigetragen. Die entsprechende Aussage (2) wurde von den Befürwortern noch stärker gewichtet als der Hinweis auf eine Verknappung des Erdöls. Eine Stilllegung sämtlicher A-Werke wünschen die wenigsten (Aussage 5). Mit einer vorübergehenden Schliessung einzelner und einem vorläufigen Verzicht auf die Bewilligung für Gösgen und Leibstadt wären aber immerhin 27% "voll" und weitere 29% "einigermassen" einverstanden (Aussage 10).

Das Ja zum Atomgesetz muss so als Ja "mit Vorbehalten" interpretiert werden. 54% der Ja-Stimmenden sind der Ansicht, dass die Bevölkerung selber darüber bestimmen soll, ob sie mit Atomanlagen leben will oder nicht (Aussage 11).

Tabelle 8 Einstellungen und Meinungen zu Fragen der Atomenergie

| Aussagen | Total der Befragten | Ja-Stimmende | Nein-Stimmende |
|--|---------------------|-----------------------------|----------------|
| | | ("voll einverstanden" in %) | |
| (1) Das Erdöl wird in den nächsten Jahren oder Jahrzehnten knapp werden, so dass wir auf alle Fälle einige A-Werke bauen müssen, ob wir wollen oder nicht | 27 (29) | 41 (48) | 12 (13) |
| (2) Eine Ablehnung des revidierten Atomgesetzes hätte schlimme Folgen: Nach altem Recht können beliebig viele Atomkraftwerke gebaut werden, unabhängig davon, ob überhaupt ein Bedürfnis nach mehr Energie besteht | 35 | 49 | 19 |
| (3) Atomanlagen bergen nicht mehr Gefahren als andere Energiequellen | 11 (16) | 15 (26) | 9 (9) |
| (4) Der Verzicht auf die Kernenergie im jetzigen Zeitpunkt wäre wirtschaftlich nicht tragbar. Unser Wohlstand und viele Arbeitsplätze würden gefährdet | 18 | 30 | 9 |
| (5) Man muss alles tun, um zu erreichen, dass sämtliche Atomanlagen sofort stillgelegt werden. | 13 | 9 | 19 |
| (6) Ein Unfall wie im amerikanischen Harrisburg kann in der Schweiz nicht passieren. Wir haben andere Anlagen und äusserst wirkungsvolle Sicherheitseinrichtungen | 10 | 14 | 7 |
| (7) Die für den Betrieb von Atomanlagen Verantwortlichen müssen für Unfälle voll haftbar gemacht werden | 44 | 44 | 51 |
| (8) Das revidierte Atomgesetz ist ein fauler Kompromiss. Nötig sind einschneidende Massnahmen, wie sie in der abgelehnten Volksinitiative vorgesehen waren | 18 | 10 | 51 |
| (9) Eine Ablehnung des revidierten Atomgesetzes käme den extremen A-Werk-Gegnern gerade recht. Demonstrationen und unzulässige Aktionen gegen Kernkraftwerke wie in Kaiseraugst würden sich häufen | 18 | 22 | 14 |
| (10) Auf die Atomenergie kann nicht grundsätzlich verzichtet werden. Es wäre aber besser, einige A-Werke vorübergehend zu schliessen oder zumindest mit den Bewilligungen für Gösgen und Leibstadt noch zuzuwarten | 27 | 24 | 32 |
| (11) Die Stimmbürger sollen selbst bestimmen können, ob sie mit Atomanlagen leben wollen oder nicht | 57 (55) | 54 (36) | 75 (80) |

Dieses Resultat erlaubt zwei Schlüsse. Entweder hat ein Teil der Befürworter bewusst nur einer Übergangslösung zugestimmt und wartet auf einen Ausbau der Volksrechte in einer späteren Phase oder aber die entsprechenden Ja-Stimmenden haben eine Vorlage unterstützt, von der sie irrtümlicherweise annahmen, dass sie die Entscheidungsbefugnisse auf die Stimmbürgerschaft ausdehne. Die Hypothese vom "Ja zu einer Übergangslösung" ist aufgrund der Antworten auf unsere offene Frage (S. 15/16) wenig wahrscheinlich. Mehr spricht für die Annahme, dass etliche Ja-Stimmen der schlechten Kenntnis des Inhaltes der Vorlage zuzuschreiben sind. Wir haben den Befragten vier Gesetzesbestimmungen vorgelegt und sie gebeten, uns anzugeben, welche der vier mit dem neuen Atomgesetz verwirklicht werden. Es sind dies:

- (1) Neue Atomkraftwerke und Lager für radioaktive Abfälle dürfen nur mit Zustimmung der Stimmbürger gebaut werden
- (2) Die sichere Lagerung radioaktiver Abfälle muss bei der Bewilligung von Atomkraftwerken auf längere Frist gewährleistet sein
- (3) Jedermann kann gegen den Bau eines Atomkraftwerkes oder gegen die Errichtung eines Lagers für radioaktive Abfälle Einwendungen erheben
- (4) Die für den Betrieb von Atomanlagen Verantwortlichen sind für Unfälle voll haftbar. Es besteht also eine unbeschränkte Haftpflicht

Die Punkte 2 und 3 sind im revidierten Atomgesetz tatsächlich enthalten, die Punkte 1 und 4 dagegen nicht. In Tabelle 9 ist ersichtlich, welcher Anteil der Befragten jeweils glaubte, dass es sich um eine mit dem angenommenen Gesetz in Kraft tretende Neuerung handle. Neben dem Total der Befragten sind die Ja- und Nein-Stimmenden sowie zwei sich besonders deutlich unterscheidende Merkmalsgruppen, Stimmbürger mit Primar- und solche mit Hochschulbildung, ausgetrennt:

Tabelle 9 Kenntnis der Atomgesetz-Vorlage

| | Total der Befragten | Total | | Urnen- gänger | |
|--|---------------------|--------------|------------|------------------|------|
| | | Primarschule | Hochschule | Ja | Nein |
| (1) Entscheidbefugnis beim Stimmbürger | 57 | 60 | 32 | 58 | 59 |
| (2) Gesicherte Lagerung radioaktiver Abfälle | 74 | 65 | 77 | 86 | 74 |
| (3) Einwendungsrecht | 54 | 53 | 53 | 62 | 63 |
| (4) Unbeschränkte Haftpflicht | 42 | 51 | 32 | 48 | 42 |

58% der Ja-Stimmenden sind der Ansicht, dass die Stimmbürger mit dem revidierten Atomgesetz ein direktes Mitentscheidungsrecht erhalten! 48% glauben, dass das Gesetz eine unbeschränkte Haftpflicht für die Betreiber von Atomanlagen bei nuklearen Schadenfällen vorsieht. Auf der anderen Seite lehnten 59% der Nein-Stimmenden ab, obwohl sie der Meinung sind, mit dem neuen Gesetz werde eine der wichtigsten Forderungen der im Abstimmungskampf an die Öffentlichkeit getretenen AKW-Gegner erfüllt. Ganz allgemein macht Tabelle 9 deutlich, wie wenig man sich inhaltlich mit der Vorlage befasst hatte. Die vier den Befragten vorgelegten Punkte gehörten ohne Zweifel zu den umstrittensten und am heftigsten diskutierten. Nur im Falle der Lagerung radioaktiver Abfälle konnten mehr als zwei Drittel der Stimmbürger richtig abschätzen, was in dieser Beziehung vom revidierten Atomgesetz zu erwarten ist.

3) Ursachen der Stimmapstinenz

Obwohl mit dem Atomgesetz und der Finanzordnung zwei recht schwergewichtige Vorlagen zur Abstimmung gelangten, haben lediglich 37% der Stimmbürger Stellung bezogen. Diese ausserordentlich geringe Beteiligung – es ist die tiefste seit rund drei Jahren – wäre an sich Anlass genug, im Rahmen der VOX-Analysen auch einmal dem Problem der Abstinenzmotive nachzugehen. Hinter unserem Blick auf die Nicht-Stimmenden steckt aber noch ein zusätzliches Forschungsinteresse. Bei konkreten Urnengängen spielen Motive mit, die in generellen, nach sozialpsychologischen Dimensionen der Nicht-Beteiligung forschenden Studien gar nicht erst zum Vorschein kommen. Für die Abstinenz verantwortlich sind neben komplexen Motivstrukturen wie politisches Desinteresse, Ohnmachtgefühl, Protest oder Inkompetenz so “banale” Dinge wie Ortsabwesenheit, Krankheit oder Arbeitseinsatz während den Abstimmungszeiten. Das Gewicht derartiger mehr oder weniger fallspezifischer Gründe zeigt Tabelle 10.

Bei der Interpretation der Resultate ist selbstverständlich in Rechnung zu ziehen, dass ein Teil der Befragten auf okkasionelle Abstinenzmotive ausweicht, um grundsätzlichere Ursachen zu überspielen. Vor allem hinter den Motiven Ortsabwesenheit, Zeitmangel und Vergesslichkeit steckt in vielen Fällen bewusstes oder unbewusstes Desinteresse. Trotz dieser Relativierung müssen einzelne Resultate überraschen. Ein einziges Prozent will seine Abstinenz als Protesthaltung verstanden wissen und lediglich je 7% weisen auf zwei, in der Partizipationsforschung ebenfalls stark im Vordergrund stehende Motivdimensionen hin: die Nicht-Beteiligung aus Resignation und die Abstinenz als Folge mangelnder Problemlösungskapazität. Demgegenüber geben über die Hälfte der Nicht-Stimmenden an, dass sie okkasionelle Gründe am Urnengang verhindert hätten (Ortsabwesenheit, Zeitmangel, Arbeitseinsatz, Krankheit)³⁾. Bei den übrigen Motiven fallen vor allem zwei Ergebnisse auf: während immerhin zwei der rund 200 daheimgebliebenen Frauen ihre Abstinenz mit einem ihnen vom Ehegatten auferlegten Betei-

ligungsverbot begründen, macht kein einziger Nicht-Urnengänger geltend, dass er alternative Beteiligungsformen (Streiks, Bürgerinitiativen etc.) bevorzuge.

Tabelle 10 Abstinenzmotive

| Motiv | % der Nennungen |
|--|-----------------|
| Ortsabwesenheit | 25 |
| Krankheit | 10 |
| Arbeitsbelastung (Schicht, Sonntagsdienst etc.) | 6 |
| Andere "okkasionelle" Motive (Familienfest, Zeitmangel, Krankheit in der Familie etc.) | 14 |
| Vergesslichkeit | 7 |
| Desinteresse (Interessiert sich nicht für Politik/ geht nie stimmen) | 3 |
| Kein Interesse an den beiden Vorlagen | 6 |
| Abstimmungsmüdigkeit (Es gibt zu viele Abstimmungen) | 1 |
| Schwierigkeiten bei der Problemlösung (Zu komplex/ Vorlage nicht verstanden) | 7 |
| Resignation (Man kann doch nichts ändern) | 6 |
| Stimmenthaltung als Protest | 1 |
| Präferenz für alternative Beteiligungsformen | — |
| Ehemann verbietet Urnengang/ist gegen das Frauenstimmrecht | 1 |
| Andere Gründe | 2 |
| Weiss nicht | 10 |

Nun sagen natürlich Durchschnittswerte, wie sie in Tabelle 10 erscheinen, nie die ganze Wahrheit. Ein Abstinenzmotiv, das gesamthaft gesehen als recht unwichtig erscheint, mag für einzelne Merkmalsgruppen von relativ grosser Bedeutung sein. Welches Gewicht die einzelnen Motive und Motivdimensionen (okkasionelle im Gegensatz zu grundsätzlichen Motiven) für die verschiedenen Merkmalsgruppen besitzen, zeigt Tabelle 11. Wir haben den Nicht-Urnengängern im Anschluss an die offene Frage nach den Gründen ihrer Abstinenz vier konkrete Motive vorgelegt und sie gebeten, uns anzugeben, welches der vier für sie persönlich am ehesten zutrefte. Neben dem Total der Nicht-Urnengänger sind die Merkmalsgruppen Geschlecht, Alter, Bildung (nur oberste und unterste Bildungskategorie), Beruf (nur Arbeiter und leitende Angestellte/selbständig Erwerbende) und Ausmass der politischen Integration ausgeschieden. Zu bezeichnen war eine der folgenden vier Abstinenzursachen:

- Ich hatte keine Zeit/war am 20. Mai abwesend/krank (1)
- Ich interessiere mich nicht für Politik/Ich fühlte mich durch die beiden Vorlagen nicht betroffen (2)
- Ich glaube nicht, dass man mit Abstimmungen etwas ändern kann. Man macht gleichwohl mit uns, was man will (3)
- Meine Stimmenthaltung ist ein Protest gegen die Art und Weise, wie man in Bern politisiert (4)

Tabelle 11 Abstinentenmotive nach Merkmalsgruppen

| Merkmalsgruppe | Motiv | | | |
|---|---------------------------|---------------------|--------------------|----------------|
| | Verhindert (1) in % | Desinteresse (2) | Resignation (3) | Protest (4) |
| Total | 58 | 23 | 15 | 4 |
| Mann | 58 | 16 | 22 | 5 |
| Frau | 58 | 29 | 10 | 3 |
| 20–39jährige | 61 | 22 | 12 | 5 |
| 40–64jährige | 56 | 26 | 16 | 1 |
| 65–84jährige | 47 | 24 | 21 | 9 |
| Primarschule | 43 | 37 | 18 | 1 |
| Gymnasium, Technikum, Hochschule | 81 | 13 | 3 | 3 |
| Arbeiter | 48 | 28 | 21 | 3 |
| Leitende Angestellte/ selbständig Erwerbende | 74 | 11 | 6 | 9 |
| Pol. Integration Hoch | 86 | 12 | 2 | – |
| Pol. Integration Mittel | 61 | 24 | 12 | 3 |
| Pol. Integration Tief | 30 | 30 | 31 | 10 |

Wie bei der offenen Frage zeigt sich auch hier wieder die relativ grosse Bedeutung okkasioneller Abstinentenmotive, und dies natürlich vor allem bei solchen Gruppen, die an sich zu den politisch überdurchschnittlich interessierten gehören (Höhere Berufs- und Bildungsschichten, politisch Integrierte). Von den grundsätzlicheren Motiven sind "Desinteresse" und "Resignation" bedeutend höher einzustufen als "Protest". "Desinteresse" charakterisiert besonders die Angehörigen unterer Bildungsschichten, die politisch wenig Integrierten sowie, wenn auch etwas weniger ausgeprägt, die Frauen. "Resignation" spielt eine besonders wichtige Rolle bei den Männern, den über 65jährigen, den Arbeitern sowie den Westschweizern. Fast ein Drittel der Westschweizer gibt an, der Urne aus Protest oder Resignation fernge-

blieben zu sein; in der deutschen Schweiz beträgt der entsprechende Prozentsatz lediglich 14. Aus Protest haben in keiner Merkmalsgruppe mehr als 10% auf eine Stimmabgabe verzichtet, vom Total der Nicht-Urnengänger lediglich 4%. Dass selbständig Erwerbende in dieser Gruppe überdurchschnittlich stark vertreten sind, hat wahrscheinlich fallspezifische Gründe. Schon 1977 ist die Mehrwertsteuer bei selbständig Gewerbetreibenden und Detailhändlern auf heftigen Widerstand gestossen. Möglicherweise hat das Festhalten an dieser Steuerart 1979 etliche dazu bewogen, auf diese Weise gegen die neue Finanzordnung zu protestieren.

Anmerkungen

- (1) Vgl. VOX, Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 18. Februar 1979, S. 7/8
- (2) Vgl. Tagespresse vom 3.4.1979
- (3) Mehr als ein Drittel der über 65jährigen erklärten, dem Abstimmungslokal aus gesundheitlichen Gründen ferngeblieben zu sein.

Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 20. Mai 1979

Zusammenfassung

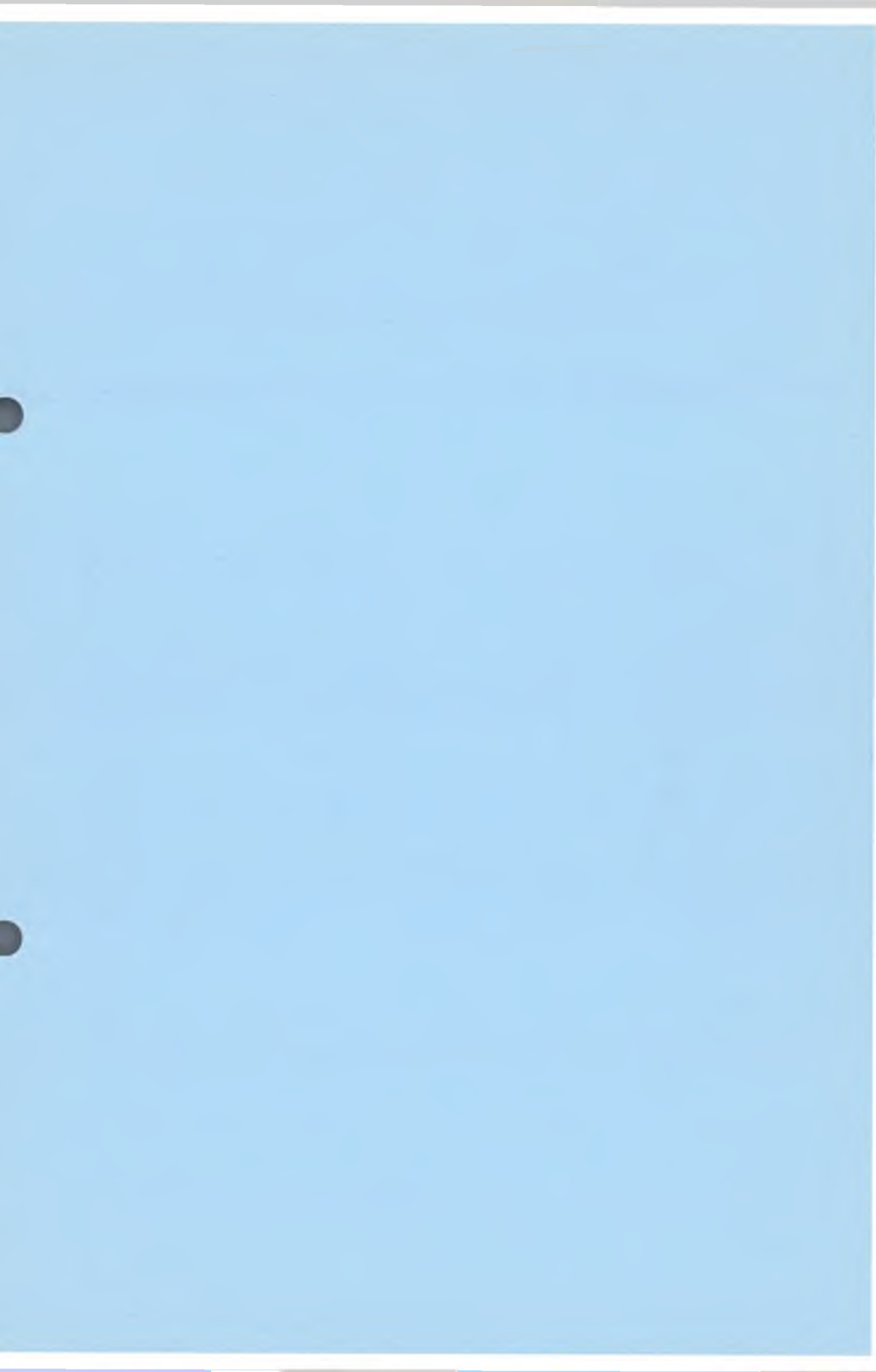
Am 20. Mai 79 ist die *Bundesfinanzreform* von den Stimmbürgern klar verworfen worden. Damit ist der Versuch, auch in der Schweiz die Mehrwertsteuer einzuführen, nach 1977 zum zweiten Mal gescheitert. Obwohl bis auf eine Ausnahme alle Merkmalsgruppen diese Vorlage verwarfen, lassen sich klare Fronten nachweisen. Insbesondere zeigt sich ein *klarer Gegensatz zwischen Rechts und Links*. Die Partesympathie übte erwartungsgemäss den stärksten Einfluss auf das Stimmverhalten aus. *Die SP-Anhänger verwarfen mit einem Stimmenverhältnis von 4 : 1*. Somit hat etwa ein Drittel von ihnen gegenüber 1977 einen Meinungswandel vollzogen, der dem Umschwenken der Parteiparole entspricht. 1977 waren sie mit 51% Ja noch eine überdurchschnittlich annehmende, 1979 mit 19% Ja hingegen eine überdurchschnittlich ablehnende Merkmalsgruppe. *Die Sympathisanten der bürgerlichen Parteien weisen fast die gleichen Ja-Stimmenanteile auf wie 1977*. In Anbetracht des insgesamt kleineren Ja-Stimmenanteils bildeten sie 1979 noch stärker überdurchschnittlich annehmende Merkmalsgruppen. Trotzdem haben nur die SVP-Anhänger der Vorlage zugestimmt. Ausser der Partesympathie zeigt sich beim Alter, der Sprachgruppe, dem Beruf und der politischen Integration ein signifikanter Einfluss auf das Stimmverhalten. Wie bei der Gruppe der SP-Sympathisanten haben mind. 4/5 der Romands, der Arbeiter und der politisch schwach integrierten Nein gestimmt. Ferner lässt sich zeigen, dass der Widerstand gegen die Mehrwertsteuer mit zunehmendem Alter abnimmt.

Die Hälfte der *Befürworter* der Bundesfinanzreform dachte nicht primär an den Charakter der Mehrwertsteuer sondern *sorgte sich um die "Gesundung" der Bundesfinanzen*. Nur ein Fünftel fand, die Mehrwertsteuer mit Wehrsteuerreduktion sei sozial und ausgewogen. Durch eine geschlossene Frage konnte ermittelt werden, *dass auch von den Befürwortern nur eine Minderheit mit dem Argument voll einverstanden ist, die Bundesfinanzreform sei sozial*. Da sich die Gegner der Bundesfinanzreform aus zwei verschiedenen Lagern rekrutieren, waren ihre Motive entsprechend verschieden. *Je ein Fünftel von ihnen fand die Mehrwertsteuer ungerecht und unsozial bzw. verlangte vermehrte Sparanstrengungen vom Bund*. Bereits als zu hoch empfundene Steuern motivierten weitere 10% zu einem Nein. Die stärkere Bedeutung dieses Arguments in der Westschweiz liegt u.a. in den dortigen relativ hohen Kantonalsteuern begründet. Ebenfalls 10% befürchteten ein erneutes Anziehen der Teuerung und stimmten deshalb gegen die Mehrwertsteuer. Eine Überprüfung der Nein-Motive mittels geschlossenen Fragen zeigte, dass einige Gegner sich sowohl mit linken wie auch rechten Argumenten gegen die

Bundesfinanzreform 1979 identifizieren können: Hauptsache, sie wollen nicht zahlen.

So deutlich die Bundesfinanzreform verworfen wurde, so klar nahm der Souverän das *revidierte Atomgesetz* an. Aber es gibt Gruppen, die sich eher skeptisch verhielten. So fiel die Zustimmung der Romands, der Anhänger linker Parteien und der Arbeiter unterdurchschnittlich aus. Wie bei der Finanzreform waren es nicht einzelne konkrete Punkte der Vorlage, welche die Befürworter zu ihrem Ja motivierten. Sie wollten die als überholt empfundene Gesetzgebung verschärft wissen oder waren von der Notwendigkeit der Atomenergie überzeugt. Auch als guter Kompromiss zwischen bestehender Ordnung und den Forderungen der abgelehnten Atominitiative wurde die Gesetzesrevision gutgeheissen. Die meisten Gegner fanden das revidierte Atomgesetz zu wenig restriktiv. *Fast die Hälfte der Gegner verstand ihr Nein als grundsätzliches Nein gegen weitere Atomkraftwerke.* Die Auswertung der Antworten auf die geschlossenen Fragen zeigt, dass nach wie vor nur eine Minderheit (auch der Ja-Stimmenden) glaubt, Atomkraftwerke seien nicht gefährlicher als andere Energiequellen. Noch etwas geringer ist die Zahl derer, die meinen, ein Unfall wie in Harrisburg könnte in der Schweiz wegen der strengeren Sicherheitseinrichtungen nicht passieren. Das Ja zum Atomgesetz muss als *Ja mit Vorbehalten* interpretiert werden. Denn viele Befragte haben gerade deshalb zugestimmt, damit nicht wie unter dem alten Gesetz beliebig viele Atomkraftwerke gebaut werden können. Nicht allen Stimmenden war aber gegenwärtig, wie weit das revidierte Gesetz geht bzw. nicht geht. So glaubten mehr als 57%, es gebe dem Stimmbürger die Befugnis, bei der Bewilligung von AKWs mit zu entscheiden. Bei den Nein-Stimmenden waren es gar 59%, die das Gesetz ablehnten, obwohl sie glaubten, es enthalte diese wichtige Forderung der AKW-Gegner. Nur im Falle der radioaktiven Abfälle konnten mehr als zwei Drittel der Urnengänger richtig abschätzen, was vom neuen Atomgesetz zu erwarten ist.

Aus welchen Gründen die Mehrheit der Stimmberechtigten trotz gewichtiger Vorlagen der Urne ferngeblieben ist, versuchte VOX zu eruieren. Es zeigte sich, dass *„okkasionelle“ Abstinentenmotive (Ortsabwesenheit, Krankheit) das grösste Gewicht hatten.* Es muss aber erwähnt werden, dass ein Teil der Befragten auf solche Motive ausgewichen sein dürfte, um tieferliegende Ursachen zu verdecken. Bei den grundsätzlichen Motiven wurden *„Desinteresse“* und *„Resignation“* öfter genannt als *„Protest“*. Kein einziger Nicht-Urnengänger gab auf eine offene Frage hin an, er bevorzuge andere Beteiligungsformen (Streik, Bürgerinitiative) gegenüber dem Urnengang.





Analyse de la votation fédérale du 20 mai 1979

Récapitulation des résultats principaux

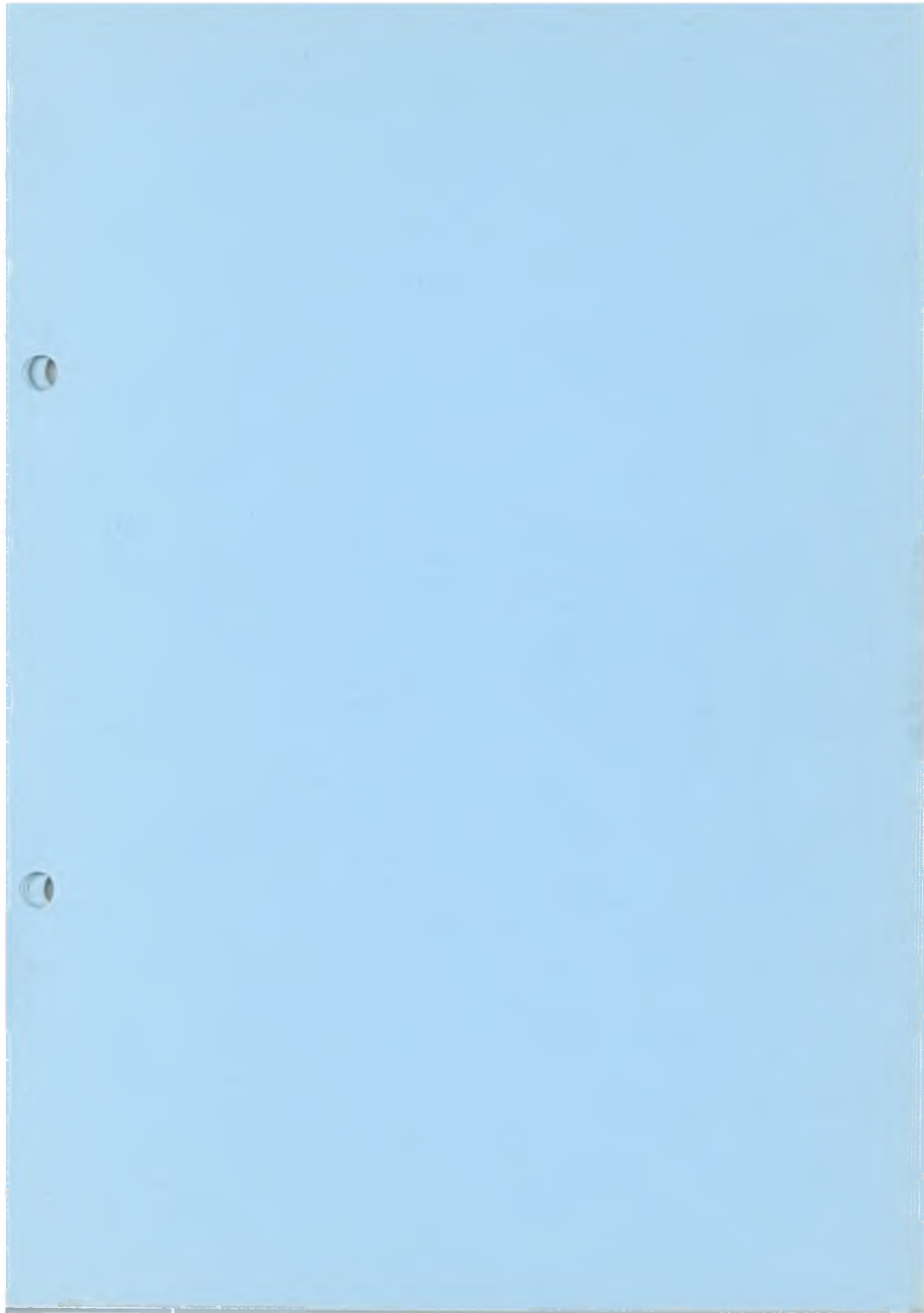
Le 20 mai 1979, *la réforme des finances fédérales* a été largement refusée par l'ensemble du corps électoral. Ainsi, après le refus populaire de 1977, la TVA a échoué pour la seconde fois devant le souverain. Même si, à quelques exceptions près, tous les groupes caractérisés ont rejeté ce projet, des divergences d'ordre conflictuel ont cependant été enregistrées. A cet égard, *l'opposition gauche/droite* a particulièrement bien illustré ces divergences. Conformément aux prévisions, la sympathie partisane influença fortement le comportement électoral. *Les socialistes ont repoussé la TVA dans une proportion de 4 : 1.* Un tiers d'entre eux ont donc changé d'avis par rapport à 1977, se conformant ainsi au nouveau mot d'ordre de leur parti. Avec 51% de oui (en 1977) les socialistes avaient dégagé alors une confortable majorité acceptante, alors que le 19% de oui enregistré en 1979 correspondait à un net refus du projet de loi. *Au sein de l'électorat proche des partis bourgeois, la proportion des oui est restée pratiquement identique à celle relevée en 1977.* Malgré la faible pourcentage de oui comptabilisé en 1979, les groupes caractérisés (mis à part les socialistes) ont dégagé une proportion relativement plus élevée de oui que lors du scrutin de 1977. Pourtant, seuls les électeurs proches de l'UDC se sont prononcés en faveur de la TVA. Mis à part la sympathie partisane, la langue, la profession et l'intégration politique ont eu une incidence notoire sur l'issue du vote. Tout comme les socialistes, les Romands, les ouvriers et les personnes les moins intégrées dans le système politique ont dégagé une forte majorité rejetante. Cependant, avec les personnes d'un certain âge, la résistance à la TVA diminue graduellement.

La moitié des partisans de la réforme des finances fédérales s'est davantage pré-occupée de *la santé des finances publiques* que de la TVA proprement dite. Seul un cinquième de l'électorat a estimé que cette dernière, avec une réduction des impôts fédéraux directs, était sociale (cette remarque est valable également pour *les partisans de la TVA puisque une minorité l'a considérée comme une mesure sociale*). Etant donné que les réfractaires se recrutaient dans des camps opposés, les motifs de leur refus sont par conséquent différents. *Un cinquième d'entre eux a qualifié la TVA d'injuste et d'insociale, tandis qu'un autre cinquième exigeait de l'Etat qu'il prenne des mesures d'économie.* En outre, 10% des électeurs ont jugé les impôts suffisamment élevés et l'électorat romand a invoqué la part relativement prépondérante des impôts cantonaux. Enfin, une nouvelle augmentation du coût de la vie a déterminé 10% des citoyens à refuser le projet de loi. Une étude entreprise au moyen de questions "fermées" montre que certains adversaires de la TVA

ont avancé des arguments émanant aussi bien des milieux de la gauche que de la droite. En réalité, la raison principale de leur refus se résume dans cette formule: "nous ne voulons pas déboursier plus d'argent".

Si la réforme des finances fédérales a nettement été repoussée, c'est avec la même clarté que le souverain s'est prononcé cette fois-ci en faveur de *la révision de la loi atomique*. Cependant, les Romands, les militants des partis de gauche et les ouvriers sont les groupes qui ont manifesté le plus de réticence à ce projet de loi. Comme lors du vote sur la TVA, *ce ne furent pas les quelques aspects concrets du projet qui incitèrent la majorité du corps électoral à ratifier la loi atomique*. Celui-ci, convaincu de l'importance de l'apport de l'énergie nucléaire, désire avant tout renforcer les attributions du législatif. Du reste, dans l'esprit de certains, cette loi correspond bien au compromis devant satisfaire à la fois les partisans du maintien de la législation antérieure et les adeptes de l'initiative dite atomique. Pour la majorité des opposants, cette loi n'est pas suffisamment restrictive. De plus, *la moitié des non indique que certains groupes s'opposent à la poursuite de la construction de nouvelles centrales nucléaires*. L'analyse des réponses aux questions "fermées" montre qu'une faible minorité d'électeurs (aussi bien chez les adversaires que chez les partisans) estime que l'utilisation de l'énergie nucléaire n'est pas plus dangereuse que l'utilisation de toute autre source d'énergie. Ce pourcentage diminue encore avec ceux qui sont convaincus de l'infaillibilité du système de sécurité de nos centrales et qu'un accident (de type Harrisburg) ne peut se produire en Suisse. Ce oui à la loi atomique doit donc être interprété comme un *oui "réserve"*, dans la mesure où un grand nombre d'interviewés souhaitent que cette loi sanctionne l'implantation "sauvage" de nouvelles centrales. Par ailleurs, bon nombre d'électeurs ont été abusés par le contenu de la loi et n'ont pas compris ce que renfermait exactement les différentes dispositions. C'est ainsi que 57% d'entre eux pensaient que la nouvelle législation accorderait aux citoyens la faculté de se déterminer en matière de construction de centrales. Tout en croyant que cet important postulat figurait dans le projet de loi, 59% des adversaires l'ont tout de même refusé. Seules les dispositions relatives au dépôt des substances radioactives ont été parfaitement appréhendées par deux tiers des votants.

VOX s'est efforcé en outre d'analyser le pourquoi du fort taux d'abstentionnisme de l'ensemble du corps électoral. Il semblerait que des *motifs "occasionnels"* (jour férié – vacances – maladie) y ont grandement contribué. Soulignons tout de même qu'une partie des interviewés ont avancé de tels propos pour masquer les véritables raisons de leur abstention, parmi lesquelles figurent le "désintéret" et la "résignation". Enfin, au sein des personnes qui se sont abstenues, aucune n'a mentionné une autre forme d'action (grève – initiative populaire) qui expliquerait son attitude plus que passive lors du scrutin.



PP
8001 Zürich

Im Jahre 1978 wurde VOX unterstützt von:

Spenden von 2000 Franken und mehr:

Firmen/Verbände: SEVA Lotterie Bern / Migros Genossenschafts-Bund / Schweiz. Bankverein Basel / Schweiz. Bankgesellschaft Zürich / Schweiz. Kreditanstalt Zürich / Schweiz. Volksbank Bern / COOP Schweiz Basel / Winterthur-Versicherungen / Patria-Versicherungen / Wirtschaftsförderung Zürich-Genf

Spenden von 500–1500 Franken:

Firmen/Verbände: Hoffmann-La Roche Basel / Dr. D. Bührle Zürich / Sandoz Basel / Eswa-Ernst Stansstad / IBM Zürich / Viscosuisse Emmenbrücke / Alusuisse Basel / Dr. C. Aebi Burgdorf / Philip Morris Lausanne / Rheinsalinen Schweizerhalle / Bernische Kraftwerke / Nestlé Vevey / SMUV Bern / Schweiz. Gewerkschaftsbund Bern

Staatliche Stellen: Kantonalbank Zug / Kantonalbank von Bern / Kantonalbank Zürich / Thurgauische Kantonalbank / Kantonalbank Baselstadt / Kanton St. Gallen / Stadt Basel / Kanton Zug / Kantonalbank Appenzell AR.

Spenden von 200–400 Franken:

Firmen/Verbände: Dr. A. Wander Bern / Sunlight Zürich / Papierfabrik Biberist / Hero Lenzburg / Weltwoche-Verlag Zürich / Kümmerly-Frey Bern

Staatliche Stellen: Kanton Solothurn / Stadt Solothurn / Kanton Uri / Kanton Baselland / Stadt Zug / Stadt Schaffhausen / Kanton Schwyz

Unter dem Patronat des
FORUM HELVETICUM

Zuschriften: Postfach 546, 8027 Zürich ☎ 01/202 07 87

Copyright by GfS und FSP

Abdruck auszugsweise mit Quellenangabe gestattet

